



Detailansicht des Registereintrags

Fachverband Drogen- und Suchthilfe e.V.

Aktuell seit 05.12.2025 10:12:27

Eingetragener Verein (e. V.)

| | |
|-------------------------------------|--|
| Registernummer: | R002233 |
| Ersteintrag: | 28.02.2022 |
| Letzte Änderung: | 05.12.2025 |
| Letzte Jahresaktualisierung: | 11.03.2025 |
| Tätigkeitskategorie: | Privatrechtliche Organisation mit Anerkennung der Gemeinnützigkeit nach Abgabenordnung |
| Kontaktdaten: | <p>Adresse: Dubliner Str. 12 99091 Erfurt Deutschland</p> <p>Telefonnummer: +493613461746 E-Mail-Adressen: mail@fdr-online.info geschaeftsuehrung@fdr-online.info Webseiten: www.fdr-online.info</p> |

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Öffentliche Zuwendungen, Mitgliedsbeiträge, Wirtschaftliche Tätigkeit, Sonstiges

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

1 bis 10.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

0,25

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. Janina Tessloff

Funktion: Vorstandsvorsitzende

2. Eva Egartner

Funktion: Geschäftsführerin

3. Carola Bau

Funktion: stellv. Vorsitzende

4. Philip Gerber

Funktion: stellv. Vorsitzender

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (9):

1. Katrin Bahr

2. Michael Leydecker

3. Annett Fabian

4. Henning Fietz

5. Markus Wirtz

6. Janina Tessloff

7. Eva Egartner

8. Carola Bau

9. Philip Gerber

Gesamtzahl der Mitglieder:

72 Mitglieder am 31.12.2024, davon:

4 natürliche Personen

68 juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (3):

1. Deutscher Paritätischer Gesamtverband

2. Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen (DHS)

3. Bündnis KipsFam

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (29):

Arbeitsmarkt; Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen; Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung";

Berufliche Bildung; Diversitätspolitik; Familienpolitik; Geschlechterpolitik; Kinder- und

Jugendpolitik; Rechte von Menschen mit Behinderung; Arzneimittel; Gesundheitsförderung;

Gesundheitsversorgung; Pflege; Sonstiges im Bereich "Gesundheit"; Datenschutz und Informationssicherheit; Digitalisierung; Internetpolitik; Werbung; Integration; Migration; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben; Öffentliches Recht; Strafrecht; Zivilrecht; Grundsicherung; Krankenversicherung; Sonstiges im Bereich "Soziale Sicherung"; Sonstiges im Bereich "Verkehr"; Wissenschaft, Forschung und Technologie

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Der Fachverband Drogen- und Suchthilfe e.V. (fdr+) bündelt und vertritt die Interessen seiner Mitglieder (haupt- und ehrenamtliche Fachkräfte in der Suchtprävention, Suchthilfe und Suchtselbsthilfe), dabei verfolgt er einen arbeitsfeld- und methodenübergreifenden Ansatz. Er orientiert sich an den Erfahrungen der Praxis und an der Forschung, setzt entsprechende Akzente und entwickelt Maßnahmen und Strategien weiter. Für die Politik ist er Ratgeber, Kooperationspartner und Ansprechpartner in allen Fragen der Suchthilfe, der Suchtselbsthilfe und der Suchtprävention. Der fdr+ fördert die Zusammenarbeit aller Beteiligten, um die Gestaltung der Leistungen auf Grundlage der UN-Behindertenrechtskonvention im Sinne der Betroffenen zu optimieren und somit die Teilhabe von abhängigkeitskranken Menschen. Der Verband ist Multiplikator für die Kompetenzen und das Wissen seiner Mitglieder und sorgt für einen Transfer in Politik und Gesellschaft. Die seit der Gründung (1979) weitgehend unveränderte Satzung des fdr+ sieht vor, die fachliche Arbeit für Suchtgefährdete und Abhängige, insbesondere junge Menschen zu fördern.

Der fdr+ bzw. seine vertretungsberechtigten Personen, nehmen dazu an Gremien und Terminen mit Ministerien und öffentlichen Anhörungen oder Verbändeanhörungen in Ministerien teil und beteiligen sich an Stellungnahmeverfahren.

Konkrete Regelungsvorhaben (4)

1. Cannabisgesetzgebung

Beschreibung:

Verkauf von Cannabis in lizenzierten Fachgeschäften

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/8704 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zum kontrollierten Umgang mit Cannabis und zur Änderung weiterer Vorschriften - (Cannabisgesetz - CanG)

Zuständiges Ministerium: BMG [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

KCanG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. SG2406130041 (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 21.03.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

2. **SG2511250003 (PDF - 2 Seiten)**

Adressatenkreis:

Versendet am 29.09.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

2. **Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetz**

Beschreibung:

Gesetzeslücke im SGBII soll geschlossen werden, damit Verurteilte nach dem BtmG "Therapie statt Strafe" nach §35 BtmG erhalten können auch, wenn die Krankenkassen für die Leistungen zuständig sind.

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 2 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Sonstiges im Bereich "Soziale Sicherung" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2406130052 (PDF - 1 Seite)**

Adressatenkreis:

Versendet am 24.04.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

3. **Hinsehen, schützen, stärken: Kinder aus psychisch und suchtblasteten Familien**

Beschreibung:

Wir setzen uns ein für gesetzliche Regelungen, die Familien mit einem psychisch und/oder suchterkrankten Elternteil bedarfsdeckende Hilfen und Unterstützung ermöglichen und das Ineinandergreifen von bestehenden Hilfen verbessern. Ziel sind sozialgesetzbuch-übergreifende, familienorientierte, einheitliche, komplexe und mischfinanzierte Leistungen (gemeinschaftsfinanzierte Komplexleistungen), um die Schnittstellen in der Versorgung und Hilfegewährung besser zu gestalten und Finanzierungslücken zu schließen.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/12089 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Prävention stärken - Kinder mit psychisch oder suchtkranken Eltern unterstützen

Interessenbereiche:

Familienpolitik [alle RV hierzu]; Kinder- und Jugendpolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (3):

1. [SG2511250004](#) (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 27.11.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Versendet am 20.03.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

2. [SG2512050007](#) (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 06.02.2025 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

3. [SG2512050008](#) (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 06.11.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und

Jugend (BMBFSFJ) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

4. [Suchtpolitik stärken](#)

Beschreibung:

Suchtpolitik im Koalitionsvertrag festschreiben

Interessenbereiche:

Familienpolitik [[alle RV hierzu](#)]; Gesundheitsförderung [[alle RV hierzu](#)];
Gesundheitsversorgung [[alle RV hierzu](#)]; Internetpolitik [[alle RV hierzu](#)]; Kinder- und
Jugendpolitik [[alle RV hierzu](#)]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. [**SG2512050009** \(PDF - 2 Seiten\)](#)

Adressatenkreis:

Versendet am 20.03.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [[alle SG dorthin](#)]

2. [**SG2512050010** \(PDF - 10 Seiten\)](#)

Adressatenkreis:

Versendet am 25.03.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [[alle SG dorthin](#)]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro (5):

1. **Deutsche Rentenversicherung Bund, DRV Mitteldeutschland und DRV Nordbayern**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin, Leipzig und Bayreuth
Betrag: 190.001 bis 200.000 Euro
Zuwendungen der Deutschen Rentenversicherung Bund nach § 31 Abs. 1 Nr. 3 SGB VI
2. **Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie**
Deutsche Öffentliche Hand – Land
Erfurt
Betrag: 570.001 bis 580.000 Euro
Förderung der Thüringer Fachstellen Suchtprävention und GlücksSpielSucht
3. **Bundesministerium für Gesundheit**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin

Betrag: 30.001 bis 40.000 Euro

fdr+sucht+kongress 2024

4. Land Brandenburg

Deutsche Öffentliche Hand – Land

Cottbus

Betrag: 1 bis 10.000 Euro

Tagesworkshop "Frauen-Sucht-Häusliche Gewalt"

5. Land Berlin

Deutsche Öffentliche Hand – Land

Berlin

Betrag: 1 bis 10.000 Euro

Förderung fdr+sucht+kongress 2024

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

110.001 bis 120.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

[Bilanz-vom-08_05_2025-um-09_59_52.pdf](#)